Nach Indizien für hohe Untererfassung: Bundesinstitut entfernt Daten zu Corona-Impfschäden

6 Mai 2022 18:18 Uhr

Nachdem eine Charité-Studie eine massive Untererfassung schwerer Impfkomplikationen aufgezeigt hatte, ließ das Paul-Ehrlich-Institut diese Fälle aus seinem Bericht verschwinden. Auch wichtige Angaben zu Kindern fehlen. Brisant: Babys können offenbar über Muttermilch und Plazenta geschädigt werden.



Quelle: www.globallookpress.com © Leonhard Simon Impfung bei der bayrischen Polizei (2.2.2021)

von Susan Bonath

Mehr als eine halbe Million Menschen könnten in Deutschland inzwischen von schwerwiegenden Nebenwirkungen einer Corona-Impfung betroffen sein. Das wären 16,5-mal mehr Fälle als vom Paul-Ehrlich-Institut (PEI) gemeldet wurden. Dies besagt eine Charité-Studie, der zufolge jeder 125. untersuchte Geimpfte einen klinisch behandlungsbedürftigen, bleibenden, lebensbedrohlichen oder sogar tödlichen Schaden erlitt

Das PEI wäre verpflichtet, dem nachzugehen. Doch das tut es nicht. Stattdessen hat es konkrete Angaben zu schweren Nebenwirkungen nun ganz aus dem Bericht entfernt, oder versteckte sie im Fließtext hinter Promille-Angaben mit teils unklarem Bezug. Für Kinder veröffentlichte das Institut diesbezüglich fast keine Zahlen mehr – obwohl zuletzt vor allem sie geimpft worden waren. Doch eine besonders brisante Information findet sich in dem neuen Papier: Dutzende gestillte Säuglinge erlitten mutmaßliche Impfnebenwirkungen – möglicherweise erkrankten sie über die Muttermilch. Ein Neugeborenes starb, nachdem sich seine Mutter in der Schwangerschaft hatte impfen lassen.

Hohe Dunkelziffer

Die Charité-Studie von Professor Harald Matthes hat es in sich. Seinen Untersuchungen an fast 40.000 Geimpften zufolge müssten etwa 516.000 (0,8 Prozent) von derzeit laut RKI rund 64,5 Millionen mindestens einmal Geimpften an schwerwiegenden, länger anhaltenden Nebenwirkungen nach einer Corona-Impfung gelitten haben oder leiden.

Das PEI hatte in seinem vorletzten Sicherheitsbericht bis Jahresende 2021 allerdings "nur" knapp 30.000 schwere Fälle gemeldet. Bezogen auf die damals rund 61,7 Millionen mindestens einmal Geimpften sind das rund 0,049 Prozent – also knapp fünf von 10.000 Menschen. Die Charité-Studie legt damit eine riesige Dunkelziffer nahe. Die tatsächliche Zahl der schweren Schäden dürfte die PEI-Angaben damit etwa um das 16,5-fache übersteigen – vermutlich auch bei Kindern und Jugendlichen.

Ärzte müssen eigentlich dem PEI, einem dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) unterstellten Institut, jeden Verdachtsfall einer über eine gewöhnliche Impfreaktion hinausgehenden Nebenwirkung melden. Das tun viele offenbar nicht. Mögliche Gründe: Das Melden ist zeitaufwändig und wird nicht vergütet. Außerdem wird oftmals kein Zusammenhang mit der Impfung erkannt.

Gerade bei den Corona-Vakzinen spielt vermutlich auch Verdrängung und der Wunsch, nicht öffentlich in Misskredit zu geraten, eine nicht unerhebliche Rolle. Das könnte die mutmaßlich hohe Dunkelziffer erklären. Auch früher schon waren Studien zu dem Ergebnis gekommen, dass nur etwa ein bis zehn Prozent der Fälle von Arzneimittel-Nebenwirkungen gemeldet werden.

Maximale Intransparenz

Angesichts der vorliegenden neuen Forschungsergebnisse müsste das PEI seine Bemühungen nun massiv intensivieren, gerade weil es sich um neuartige, noch immer nur bedingt zugelassene Vakzine handelt. Doch der Eifer, Daten zu sammeln, ließ bereits kurz nach dem Start der Impfkampagne Ende 2020 nach. Anfangs gab das Institut nahezu jede Woche Berichte dazu heraus. Nach und nach verlängerte es den Zeitraum auf zwei, dann vier Wochen. Im Herbst schwenkte es schließlich auf einen zweimonatigen Rhythmus um.

Die PEI-Berichte wurden von mal zu mal länger und mutierten zu einem Sammelsurium von für Laien unverständlichen Fachbegriffen. Daten verschwanden aus Tabellen in den Fließtext oder wurden zu Promille-Angaben mit einer oft unklaren Bezugsgröße. Am 7. Februar 2022 veröffentlichte das PEI einen Bericht mit Meldefällen bis Ende 2021. Lange hörte man dann nichts mehr von dem Institut.

Erst am Abend des 4. Mai erschien die nächste Zusammenfassung mit Daten bis Ende März 2022. Von mehr Transparenz ist darin keine Spur. Um aus dem neuen Bericht ansatzweise schlau zu werden, muss man die 26 Seiten akribisch lesen und Fachbegriffe nachschlagen, um die wenigen Daten aus dem Fließtext zu filtern.

Fast 3.000 gemeldete Todesfälle

Mehr noch: Viele Daten hat das Institut gar nicht mehr veröffentlicht. In der Zusammenfassung findet man anfangs die Angabe, dass rund 172 Millionen Impfdosen bis Ende März verabreicht und 296.233 Verdachtsmeldungen von Nebenwirkungen eingegangen waren. Diese umfassen aber alle Meldefälle, auch drei Tage Fieber, Schmerzen an der Einstichstelle oder Kopfweh können darunter fallen.

Doch eine Zahl der Fälle, die das PEI als "schwerwiegend" einstufte, gibt es nicht mehr. Stattdessen die Angabe: Es seien hierzu 0,2 Meldungen pro 1.000 Einzelimpfungen eingegangen. Das wären dann etwa 34.400 Impfschäden dieser Art. Warum gibt das Institut nicht einfach die konkrete Anzahl der Meldungen an, obwohl ihm diese vorliegen muss?

Eine andere Angabe versteckt sich allerdings im Text: 2.810 Todesfälle nach Impfungen wurden dem PEI bis Ende März angezeigt – knapp ein Prozent der gesamten Meldefälle. Das sind 555 mehr Todesfälle als bis Ende des vergangenen Jahres angegeben wurden. Altersangaben gibt es dazu nicht. Nur so viel: Für 116 Todesfälle erkannte das PEI die Impfung als ursächlichen Grund an. Und: Insgesamt sehe es hier kein Risikosignal. So lägen die gemeldeten Todeszahlen unterhalb der Sterberate in der Bevölkerung.

Doch das PEI scheint hier sprichwörtlich Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Die Verdachtsfälle geben nur einen winzigen Teil des Gesamtsterbegeschehens wieder. Um zu analysieren, ob es mehr Todesfälle mit einer bestimmten Diagnose gibt oder nicht, müsste es alle Daten erfassen. Das tut das Institut aber nicht.

Angaben für Kinder entfernt

Doch es kommt noch schlimmer: Für Kinder und Jugendliche fehlen viele Angaben nun vollständig. So nennt das PEI für 5- bis 17-Jährige insgesamt 5.862 Meldefälle von Nebenwirkungen insgesamt. Außerdem schreibt es, dass zusätzlich 186 Meldefälle für unter 5-Jährige eingegangen waren, obwohl für diese Altersgruppe noch kein Impfstoff zugelassen ist.

Indes verschweigt das Institut diesmal die Anzahl der schwerwiegenden Verdachtsfälle komplett. Nicht einmal eine Prozentangabe ist zu finden. Orientiert man sich am vorherigen Sicherheitsbericht des PEI, müssten etwa 21 Prozent der Meldefälle schwerwiegend gewesen sein. Das wären dann etwa 1.270 Kinder und Jugendliche mit schweren Impfschäden.

Auch gemeldete Todesfälle von Kindern lässt das PEI weitgehend unter den Tisch fallen. Dabei hatte es bis Ende 2021 bereits acht nach der Impfung verstorbene unter 18-Jährige gemeldet – rund 0,25 Prozent der Meldefälle insgesamt. Rechnet man das auf die insgesamt 6.048 Fälle hoch, ist anzunehmen, dass nunmehr etwa 15 verstorbene Kinder und Jugendliche gemeldet worden sein könnten.

Baby einer geimpften Mutter verstorben

Das Weglassen so wichtiger Informationen ist um so unverständlicher, weil seit Jahresbeginn besonders viele Kinder geimpft wurden. Mitte August 2021 hatte die Ständige Impfkommission (STIKO), ein ehrenamtliches Gremium am Robert-Koch-Institut (RKI), die Impfung für 12- bis 17-Jährige empfohlen. Am 17. Dezember empfahl die STIKO die Spritzen für vorerkrankte Kinder zwischen fünf und elf Jahren. Am 20. Januar 2022 folgte die Empfehlung einer dritten Auffrischungsimpfung für Jugendliche ab zwölf Jahren.

Bereits im September 2021 empfahl die STIKO die Impfung zudem Schwangeren ab dem zweiten Schwangerschaftsdrittel und stillenden Müttern. Statt der aus dem Bericht entfernten Informationen gibt es nun erstmals Angaben zu gemeldeten Nebenwirkungen bei Säuglingen. Denn offenbar überträgt sich der Impfstoff über die Plazenta und die Muttermilch auf das Baby.

Das PEI gibt nun 61 Verdachtsmeldungen an, die Säuglinge betreffen, deren Mütter während der Stillzeit geimpft wurden. Nähere Angaben dazu macht das Institut aber nicht. Außerdem zeigt es einen

besonders tragischen Fall an: Ein Neugeborenes einer in der Schwangerschaft geimpften Frau starb am Tag der Geburt. Das Institut macht dazu Angaben, die auf eine massive Blutgerinnungsstörung hindeuten – eine bekannte mögliche Komplikation durch die Impfungen. Es schreibt in seinem Bericht:

"Auf Nachfrage konnte ermittelt werden, dass eine Plazentaablösung mit erheblicher Hämatombildung für die Komplikationen bei dem Neugeborenen verantwortlich waren."

Wie viele geschädigte Minderjährige?

Dem RKI-Impfmonitoring zufolge wuchs die Zahl der mindestens einmal geimpften 12- bis 17-Jährigen vom 31. Dezember bis 31. März um 250.000 an, die der jüngeren Kinder sogar um 1,15 Millionen. Insgesamt kame also 1,4 Millionen geimpfte Kinder hinzu, die eine, zwei oder drei Spritzen erhalten haben.

Während Corona junge Menschen kaum betrifft, machen die Nebenwirkungen vor ihnen nicht halt. Orientiert man sich an der Charité-Studie, dürften demnach allein zwischen Januar und März rund 11.200 Kinder und Jugendliche (0,8 Prozent) schwerwiegende Impfkomplikationen erlitten haben. Bei insgesamt bis zum 5. Mai rund 4,4 Millionen geimpften Kindern dürften insgesamt etwa 35.000 schwere Schäden bei Minderjährigen aufgetreten sein.

Nun müsste die von der Charité ermittelte hohe Untererfassung mindestens zum Teil auch die Todesfälle betreffen. Laut PEI führten insgesamt etwa sieben Prozent der schwerwiegenden Meldefälle zum Tod. Die Charité-Zahlen zugrunde gelegt, könnten allein 2021 mehr als 36.000 Menschen insgesamt an oder mit der Impfung gestorben sein, und in diesem Jahr noch einmal bis zu 10.000.

Bei Kindern waren bis Ende 2021 acht Todesfälle bei 678 schwer Geschädigten angezeigt worden – etwa 1,2 Prozent. Nach den Charité-Ergebnissen wären allein bei ihnen über 400 Todesfälle durch oder mit den Impfungen möglich.

Die Berechnungen sind natürlich vorerst rein spekulativ. Mehr ist hier auch nicht möglich, eben weil das PEI maximal intransparente Berichte veröffentlicht und viele Ärzte Verdachtsfälle entgegen der gesetzlichen Bestimmungen nicht melden. Nach der Charité-Studie jedenfalls ist mit dem 16,5-Fachen an schweren Nebenwirkungen zu rechnen, die eben auch Todesfälle umfassen. Warum prüft das Institut hier nicht akribischer? Und warum präsentiert es keine verständlichen, konkreten Zahlen?

Skandalöse Ignoranz

Die fehlenden Informationen wollte sich die Autorin vom PEI einholen – mit einer Fristsetzung bis zum 5. Mai um 15 Uhr. Es müsste ein Leichtes für das Bundesinstitut sein, zumindest korrekte Meldedaten zu nennen. Diese müssen ihm schließlich vorliegen. Doch Sprecherin Corinna Volz-Zang vertröstete die Autorin: In die Beantwortung der Anfragen müsse man den zuständigen Fachbereich involvieren, erklärte sie. Sie melde sich, wenn von dort entsprechende Informationen eingetroffen seien.

Bereits eine Anfrage vom Montag blieb bisher unbeantwortet. Das PEI sollte demnach klarstellen, ob und wann es Daten der Krankenkassen zu Behandlungsfällen mit kodiertem Impfschaden wie zugesichert in seine Berechnungen einbeziehen wird.

Im Februar hatte der ehemalige Chef der BKK ProVita, Andreas Schöfbeck, Alarm geschlagen. Auch die von ihm analysierten BKK-Daten von knapp elf Millionen Versicherten deuteten auf eine massive

Untererfassung von Nebenwirkungen hin. Doch zu einem daraufhin vom PEI angekündigten Gespräch mit ihm und einer Datenübermittlung kam es nicht, denn Schöfbeck wurde kurzerhand entlassen.

Mitte April erklärte PEI-Sprecherin Susanne Stöcker gegenüber der Autorin, man wolle nun zwar trotzdem alle gesetzlichen Krankenkassen einbinden. Allerdings hätten diese noch keine Daten geliefert, schob sie die Verantwortung den Kassen zu. Und sie relativierte: Die Kodierung "Impfnebenwirkung" von Haus- und Fachärzten sage nichts über die Schwere aus. Sie erwähnte dabei nicht, dass laut Gesetz alle Nebenwirkungen unabhängig von der Schwere zu melden sind. Außerdem müsste das PEI die Fälle erst einmal analysieren, um Aussagen über die Schwere treffen zu können. Genau das passiert nicht.

Blickt man auf das Gesamtgeschehen zur Causa Corona-Impfungen und deren Sicherheit, könnte ein Verdacht aufkommen: Werden hier gefährliche Nebenwirkungen der neuartigen Vakzine absichtlich ignoriert, möglicherweise sogar institutionell verschleiert? Diese Frage müssen sich die Behörden bis hoch zum BMG unter Minister Karl Lauterbach (SPD) angesichts der skandalösen Intransparenz schon gefallen lassen.